

Post für die Pharmaindustrie

ND
25.1.11

Kein Thiopental, weniger Hinrichtungen: Rösler will Lieferung an die USA verhindern

Von Regina Stötzel

Mit dem Hinweis auf die »missbräuchliche Verwendung« des Betäubungsmittels Thiopental hat Gesundheitsminister Philipp Rösler einen schriftlichen Appell an Pharmaunternehmen gerichtet, das Produkt nicht in die USA zu liefern. Es wird dort für Hinrichtungen mit der Giftspritze gebraucht.

Vielleicht wird Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) nicht nur in die Geschichte eingehen als derjenige, der die künftigen Verteuerungen im Gesundheitswesen einseitig den Versicherten aufgebürdet hat, sondern auch als Retter von Menschenleben. Wie am Wochenende bekannt wurde, appellierte Rösler an die deutschen Hersteller und Großhändler des Betäubungsmittels Thiopental, das Produkt nicht in die USA zu liefern.

Gestern schlossen sich die Bundesärztekammer und die Evangelische Kirche dem Minister an: »Auch die Bundesärztekammer fordert die Pharmaindustrie auf, Arzneimittel, die das Betäubungsmittel Thiopental-Natrium enthalten, nicht an die USA zu liefern. Wir appellieren an die Pharmaindustrie, ethisches Gewissen zu zeigen und die Hinrichtungen in den USA zu boykottieren«, sagte der Menschenrechtsbeauftragte des Verbandes, Frank Ulrich Montgomery. Für die Pharmaindustrie sei das endlich die Gelegenheit zu zeigen, dass sie sich »den Menschen und nicht den Absatzmärkten verpflichtet fühlt«. Der Bevollmächtigte des Rates der EKD, Bernhard Felmborg, begrüßte das Schreiben und sagte, der Export eines Todesmittels sei »kein gutes Aushängeschild« für Deutschland.

Der makabere Hintergrund: Den USA geht das Gift für Hinrichtungen aus. Das Betäubungsmittel Thiopental ist ein Bestandteil des Giftcocktails in den tödlichen Injektionen. Es wurde lediglich von einem Unternehmen hergestellt, dem Pharmakonzern Hospira. Bei

dem stockt die Produktion bereits seit 2009, weil wiederum einer der chemischen Bestandteile fehlte. Die geplante Weiterproduktion in Italien wurde aufgegeben, weil Italien die Ausfuhr des Mittels in die USA verbot. »Das wird ganz eindeutig ein Problem für viele Staa-

ten sein«, sagte Richard Dieter vom Todesstrafen-Informationszentrum in Washington.

Weil kein Ersatzstoff zugelassen ist, mussten bereits mehrfach Hinrichtungen verschoben werden. Nach Agenturberichten ließ sich der US-Bundesstaat Arizona im vergangenen Herbst Thiopental von einem in den USA nicht zugelassenen britischen Hersteller liefern. Oklahoma behalf sich dagegen mit dem Tierbetäubungsmittel Pentobarbital, ohne zuvor seine Wirksamkeit getestet zu haben. Eine Methode, die Juristen bedenklich fanden und gegen die Gegner der Todesstrafe protestierten. Die Anwendung eines nicht erprobten Mittels stelle eine grausame Strafe dar, vor der die Häftlinge gesetzlich geschützt seien.

Nach Informationen von Amnesty International sitzen in den USA weit über 3000 Häftlinge in Todeszellen. Seit 1977, als die Todesstrafe wieder zugelassen wurde, starben in den USA 1234 Menschen durch Hinrichtungen, 46 von ihnen im vergangenen Jahr. Die Giftspritze ist die bei Weitem am häufigsten verwendete Tötungsart.

Wie ein Sprecher des Gesundheitsministeriums auf Nachfrage erklärt, handelt es sich bei Thiopental allerdings um ein zugelassenes Arzneimittel, weshalb über das Arzneimittelrecht kein Ausfuhrverbot verhängt werden könne. Zuständig wäre in einem solchen Fall das Wirtschaftsministerium. Deshalb sei der Appell erfolgt, der sich an die wenigen deutschen Hersteller richtet. Unter ihnen sind AFP zufolge die Inresa Arzneimittel GmbH in Freiburg und das Rotexmedica GmbH Arzneimittelwerk in Schleswig-Holstein.

Kommentar Seite 4